

Münchner Sicherheitskonferenz *verändern!*



Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik
Our Vision is a Munich Conference for Peace Policy

Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. • Projektzeitung Nr. 17 • Februar 2022

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens, Vertrauen vermissen in diesen Zeiten viele Menschen: im zwischenmenschlichen Bereich, gegenüber dem Staat und in der Politik, vor allem der Sicherheitspolitik. Aber was von Mensch zu Mensch schon schwierig ist, ist das überhaupt in der Politik und gar zwischen Staaten möglich? Mit dieser Frage beschäftigte sich das 3. Munich Peace Meeting, das leider wieder nur virtuell stattfinden konnte (→S.1/3). Es gibt viele Beispiele, wo gerade durch zivilgesellschaftliches Engagement Vertrauen geschaffen werden kann (→S. 10). Die Friedens- und Politikwissenschaft betont, wie wichtig dabei vertrauensbildende Maßnahmen sind (→S.4/5), die aus einem Geist der Friedenslogik, aber nicht aus einer militärischen Logik resultieren (→S.11). Wie hält es die neue Regierung der Ampelkoalition damit? Welcher Logik wird ihre Sicherheitspolitik folgen? (→S.7) Das Desaster in Afghanistan hat ja gezeigt, wie verheerend Militäreinsätze sein können. Werden wir Lehren daraus ziehen? (→S.9) Ein sich anbahnender neuer kalter Krieg gegenüber Rußland und China kann leicht in eine heiße Phase geraten, wenn sich unsere Politik weiter durch Feindbilder leiten lässt (→S.6/11). Dies zu ändern wäre eine der wichtigsten Aufgaben der Sicherheitskonferenz. Wir werden auch beim neuen Leiter, Botschafter Heusgen, darauf drängen (→S.3). Erwin Schelbert

Das kleine Portrait: Clemens Ronnefeldt



Träger des Bremer Friedenspreises 2021, Theologe und Friedensarbeiter, seit 1992 Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

Aufgrund seiner hervorragenden Expertise in politischer Analyse zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, vor allem zu Ländern des Mittleren und Nahen Ostens, ist er ein vielgefragter Referent. Er ist in den Medien engagiert (Blog, Newsletter, Kontext-TV) und hat viele Jahre die Münchner Friedenskonferenz moderiert. Auch für unsere Zeitung hat er Artikel verfasst und ein Podiumsgespräch mit Konferenzleiter Ischinger geführt.

Inhalt dieser Ausgabe

- S.1 Veränderungen
- S.3 Gespräche Ischinger/Heusgen
- S.4 Epistemisches Vertrauen
- S.5 Vertrauen neu denken
- S.6 Russland/Buchbesprechung
- S.7 Sicherheitspolitik/Ampelkoalition
- S.8 Pandemie/Frieden/Klima
- S.9 Afghanistan—Schlußfolgerungen
- S.10 Versöhnung in Afrika
- S.11 China—Fehleinschätzungen
- S.12 Projektziele-Termine

Veränderungen

Seit dem ersten „Aufruf zur Veränderung der Sicherheitskonferenz“ im Januar 2004 hat unsere Projektgruppe einen langen Weg zurückgelegt, um unserer Vision einer Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) als Friedenskonferenz näher zu kommen.

Kurz nach unserer Vereinsgründung wandten wir uns im August 2006 brieflich an H. Teltschik, den damaligen Leiter der Sicherheitskonferenz. Obwohl er wenig Verständnis für unser Anliegen zeigte, entwickelte sich zumindest ein brieflicher Kontakt. Im März 2008 schrieben wir dem neuen Konferenzleiter W. Ischinger, der uns daraufhin für den 10.07.08 zu einem persönlichen Austausch einlud, an den sich bereits am 11.11.08 ein Gespräch in größerer Runde anschloss. Im Verlauf dieses Gesprächs machte Ischinger relativ spontan das Angebot, dass eine von uns benannte Person als Beobachter an der nächsten Konferenz teilnehmen könne.



18.9.2018: Franke, Ischinger, Mohr

Foto: MSKv

Ja, die Sicherheitskonferenz hat sich inzwischen verändert. Während der damalige Oberbürgermeister C. Ude beim MSC-Empfang der Stadt am 6.2.04 noch eine Öffnung für neue Teilnehmergruppen wie UNO, Rotes Kreuz, Flüchtlings-

Fortsetzung S. 2 ►

► Fortsetzung von Seite 1:

kommissar u.a. anmahnte, konnte B. Franke (MSC) bei unserer Veranstaltung am 24.2.16 verkünden, all diese Organisationen seien inzwischen vertreten.

Eine gewisse Öffnung der von E. v. Kleist gegründeten „Wehrkundetagung“ begann bereits unter Konferenzleiter Teltschik: Ab 1999 konnte Russland dort seine Bedenken gegen eine NATO-Osterweiterung vortragen, 2007 wurde mit K. Roth (Human Rights Watch) erstmals ein Vertreter der Zivilgesellschaft eingeladen, teilweise wurde im TV-Kanal Phönix übertragen. Sein Nachfolger Ischinger erweiterte die MSC sowohl durch neue Formate (interne und für die Öffentlichkeit zugängliche Seitenveranstaltungen, weitere MSC-Treffen außerhalb Münchens) als auch thematisch (Human Security, Sustainability). Ob bzw. was zu diesen Veränderungen die jährlichen Demonstrationen und die Impulse unseres Vereins beigetragen haben, muss offen bleiben.

Als Bilanz aus unseren inzwischen 15 internen Gesprächen mit W. Ischinger und einer Vielzahl von weiteren Kontakten mit dem MSC-Team in den letzten 14 Jahren lässt sich jedenfalls festhalten: Es wurde deutlich mehr an konkreter Zusammenarbeit möglich, als bei unserer Vereinsgründung zu erwarten war. Wir sind seit 2009 mit einem und seit 2012 mit zwei Beobachter/innen auf der MSC vertreten. Seit 2015 haben wir – in Kooperation mit Forum Ziviler Friedensdienst, APTE sowie dem weltweiten Netzwerk der katholischen Kirche – durch Seitenveranstaltungen zivile Friedensarbeit auf der MSC thematisieren und mit den Teilnehmenden Beispiele aus Krisengebieten reflektieren können. Seit 2018 finden jährlich öffentliche Diskussionsveranstaltungen von MSKv und MSC zu friedenspolitischen Themen statt, zuletzt am 15.07.20 im Literaturhaus zu „Perspektiven für eine kooperative Sicherheitspolitik“ mit B. Ruge (MSC) und R. Becker (Kampagne „Sicherheit neu denken“). Und seit 2019 organisieren wir jährlich das Munich Peace Meeting (MPM), bei dem bundesweite Vertreter/innen aus Friedenswissenschaft, Friedensarbeit und Friedensbewegung mit dem Team der MSC in Dialog treten und Impulse für eine friedenslogische MSC einbringen.

Dem steht allerdings eine Enttäuschung auf inhaltlicher Ebene gegenüber. Die Positionen von Ischinger und MSKv blieben gegensätzlich. Wir von MSKv versuchten zu verdeutlichen, dass Pazifismus nicht mit Passivität oder einem Heraushalten gleichzusetzen ist. Pazifismus verstehen wir vielmehr als aktives Bemühen um den Abbau von Feindbildern und das Schaffen von Strukturen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Demgegenüber nutzt Ischinger nach wie vor seine öffentlichen Auftritte als „Sicherheitsexperte“, um für die Notwendigkeit von Militär und Aufrüstung als Voraussetzung für Sicherheit zu werben.

Die Pandemiesituation hat auch in unserer Arbeit vieles erschwert oder ganz zum Erliegen gebracht. In welcher

Form die MSC dieses Jahr stattfinden wird und ob wir, anders als bei der reinen Video-MSC 2021, wieder mit Konferenzbeobachter/innen vor Ort sein können, steht aktuell noch nicht fest. Mit dem zukünftigen Konferenzleiter C. Heusgen haben wir Mitte Januar brieflich Kontakt aufgenommen (→S. 3). Wir sind neugierig auf eine erste persönliche Begegnung und gespannt, wie er seine Rolle als Leiter der MSC definieren wird. Es wäre zu wünschen, dass er die Chancen nutzt, die die MSC als informelle Dialogplattform bietet, um zur Konfliktvermittlung, z.B. zwischen dem Westen und Russland, beizutragen. Eine Haltung des Konferenzleiters, die echtes Interesse für die Motive und Bedürfnisse aller Beteiligten zeigt und über Fronten und Feindbilder hinweg Dialoge ermöglicht, wäre dafür sehr hilfreich.

Bei unserem Munich Peace Meeting 2021 ist es uns gelungen, einen ersten Kontakt zwischen dem MSC-Team und der Mediationsabteilung im Auswärtigen Amt (AA) herzustellen. Die Arbeit dieser noch recht jungen Abteilung („Start up im AA“) auf der MSC vorzustellen, möglicherweise in Verbindung mit den langjährigen Erfahrungen der Arbeitseinheiten aus Norwegen und der Schweiz, könnte eine wichtige Bereicherung der MSC darstellen. Wie bekannt finden im Rahmen der MSC auch zahlreiche Hinterzimmergespräche statt. Die MSC stellt für diese „Bilateralen Treffen“ Räume zur Verfügung, die über ein eigenes „Bilat-Team“ der MSC gebucht werden können. Soweit es sich dabei nicht um Rüstungsgeschäfte handelt, wäre es sicher attraktiv, wenn die MSC zukünftig als Serviceleistung für Konfliktgespräche nicht nur geschützte Räume sondern auch geschulte Mediator/innen anbieten könnte – auch dies eine Idee von unserem MPM.



Im Verlauf unserer langjährigen Beschäftigung mit der MSC wurde uns zunehmend deren Doppelgesichtigkeit deutlich: Einerseits ist sie ein Dialogforum, das informelle Begegnungen ermöglicht, die die Grenzen von NATO und EU überschreiten. Andererseits ist die MSC eine Plattform militärischer Sicherheitspolitik und westlicher Dominanz, eine Bühne, die durch die vielfach anwesenden Medien ziemlich große Ausmaße annimmt. Wir hoffen, dass es dem neuen Konferenzleiter Heusgen gelingen wird, dass nachdenkliche, selbstkritische und versöhnende Beiträge einen prominenten Platz auf dieser Bühne bekommen.

Thomas Mohr, Vorsitzender MSKv

Unser **15. Gespräch mit Konferenzleiter W. Ischinger** fand am 10.11.21 pandemiebedingt wieder als Video-Termin statt. 9 Personen von MSKv waren beteiligt, darunter R. Becker (Sicherheit neu denken) und M. Tontsch (kokon, Ev.-Luth. Kirche). Da wieder nur 1 Stunde zur Verfügung stand, hatte MSKv vorab 4 thematische Impulse vorgeschlagen: T. Mohr sprach über die gemischten Erfahrungen der Gespräche seit 2008 (→ S. 1) und wies auf das Munich Peace Meeting als wichtigste Form der Zusammenarbeit hin. M. Schreiber trug vor, dass die USA für eine Reihe von Regime-Change-Kriegen – vielfach ohne UN-Mandat - verantwortlich seien und schlug vor, dass ein neutrales Europa nach dem Beispiel der Schweiz (Calmy-Rey: Neutralität) eine Vermittlerrolle wahrnehmen könne. E. Schelbert mahnte an, es müsse wegen Klimakrise, Covid-19-Pandemie und Aufrüstungsspirale zu einer wirklichen Wende kommen. Heute gebe es weltweit ca. 50-mal mehr Terroristen als zu Beginn des Krieges in Afghanistan. Zu „Russland und der Westen“ bedauerte Mohr, dass die Vorschläge von MSKv, selbstkritische Stimmen des Westens (Platzek, Krone Schmalz, Telt-schik) einzubeziehen, nicht aufgegriffen wurden. Becker schlug eine Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland vor. Die MSC sei das geeignete Forum, um diese Idee – gerade mit den osteuropäischen EU-Partnern – zu diskutieren. Ischinger erwiderte jeweils und schlug u.a. vor, solche Themen in MSC-Side Events zu diskutieren, nicht auf der Hauptbühne: Minister wollten keine Belehrungen. Zum Zeitpunkt des Gesprächs war der Rückzug von Ischinger aus der Konferenzleitung noch unbekannt.



Zeichnungen:
Natalia Solodovnikova

Am 16.11.21 fand unser **3. Munich Peace Meeting** statt. Zum Thema „Trust Made in Germany - Vertrauensbildung in Zeiten großer Unwägbarkeit“ trafen sich rund vierzig geladene Expert*innen aus Friedenswissenschaft, Friedensarbeit und Friedensbewegung zum Austausch mit dem MSC-Team. Die Moderation durch M. Pröstler (orgwerk) und das grafische Protokoll von N. Solodovnikova trugen wesentlich zum Gelingen der Veranstaltung bei. In zwei Workshop-Blöcken wurde u.a. beratschlagt über „Epistemisches Vertrauen - Psychoanalyse und Politik“, „Das Projekt

Mediation im Auswärtigen Amt“, „Somalia: Verhandeln mit Gewaltfreier Kommunikation“. Eine Vielzahl von Vorschlägen ging an die MSC, z.B. zur Vorbereitung der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags eine vertrauliche Runde mit Vertreter*innen (Regierung u. Wissenschaft) aus den offiziellen Atomwaffenstaaten durchzuführen.

Thomas Mohr



Fragen an den neuen Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Botschafter Dr. Christoph Heusgen:

1. Wer inspiriert Sie in seinem/ihrem Handeln? Und in welcher Weise?

Als zukünftiger Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) werde ich das Erbe des Gründers der „Wehrkunde“ antreten, das Erbe Ewald v. Kleists. Er gehörte dem Widerstand gegen Hitler an, gegen dieses menschenverachtende, totalitäre Regime. In seiner Nachfolge wird der Respekt für Internationales Recht, für die Charta der Vereinten Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Kompass für all unsere Arbeiten darstellen. Für v. Kleist stand die Pflege der transatlantischen Beziehungen im Vordergrund der Konferenz. Daran will ich anknüpfen. Und an die Öffnung der MSC für weitere Akteure aus allen Weltteilen, Regierungsvertreter und Vertreter der Zivilgesellschaft. Wolfgang Ischinger hat den erweiterten Sicherheitsbegriff in die MSC eingeführt, also humanitäre Fragen, Entwicklungsthemen, Wirtschaft, Cyber, Klima, Gesundheit usw.

2. Wie kann die MSC zur Krisenbewältigung, z.B. zwischen Russland und dem Westen beitragen?

Zunächst bin ich der Auffassung, dass wir es nicht mit einem Konflikt zwischen Russland und „dem Westen“ zu tun haben, sondern mit der Situation, dass ein Land - Russland - massiv internationales Recht gebrochen hat durch seine Invasion der Ukraine. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat dies verurteilt. Im Hinblick auf eine Lösung dieses Konflikts bietet die MSC die Bühne zu (vertraulichen) Gesprächen zwischen den Beteiligten, etwa im sogenannten Normandie-Format, d.h. zwischen Russland, der Ukraine, Frankreich und Deutschland.

3. Wen möchten Sie auf der MSC gerne an einem Tisch sitzen sehen?

In den vergangenen Jahrzehnten hat die MSC es sich immer schon als Ziel gesetzt, Konfliktparteien zusammenzubringen, so z.B. Kosovo und Serbien (2019) oder Armenien und Aserbaidschan (2020). Leider gibt es auch weiterhin viel zu viele Konflikte auf der Welt: Russland und USA, Iran und USA, Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde, Bulgarien und Nord-Mazedonien, Marokko und die Polisario, griechische und türkische Zyprioten, Türken und Armenier, Nordkoreaner und Südkoreaner usw. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Wenn sich zwischen verfeindeten Parteien aufgrund eines informellen Treffens am Rande der MSC eine atmosphärische Verbesserung einstellt, dann hat sich der Aufwand schon gelohnt. Wir dürfen nicht vergessen, letztlich geht es bei allen Konflikten um das Schicksal einzelner Menschen.

4. Welchen Beitrag könnten Friedenswissenschaft und Friedensarbeit zur MSC leisten?

Die MSC versucht Friedensarbeit zu leisten. Das stand bei ihrer Gründung mitten im Kalten Krieg auf der Tagesordnung. Letztlich ist dies das überwältigende Ziel der MSC: wie können wir einen Beitrag leisten, dass die Welt eine friedlichere wird. Wissenschaftliche Analysen, wissenschaftliche Aufarbeitung von Konfliktursachen und -lösungen spielen dabei eine wichtige Rolle, weswegen Wissenschaftler auch immer zu den Gästen der MSC gehören.

Mit leichten Kürzungen durch die Redaktion

Epistemisches Vertrauen – Psychoanalyse und Politik

Zwar sollte man Politik nicht psychologisch erklären – Gesellschaften liegen nicht auf der Couch. Aber sie bestehen aus Menschen, und deshalb lohnt es sich zu fragen, wie Vertrauen in Institutionen und Wissensbestände - das „epistemische Vertrauen“ - entsteht, wie es beschädigt und wie es erhalten wird. Individuell beruht es auf der früh entwickelten Fähigkeit zur Mentalisierung, d.h. dem Erfassen der Intentionen und Vorstellungen Anderer. Wenn diese Mentalisierungen, die ja im Kern Vorhersagen sind, in der Regel auch zutreffen, entsteht mit der Zeit das Bild einer Vertrauensperson, deren Aussagen als relevant, zuverlässig und verallgemeinerbar wahrgenommen werden (Fonagy & Allison, 2014). Das geschieht auch und gerade in Auseinandersetzungen, wenn sie als fair und die dahinterstehenden Motive als nachvollziehbar erlebt werden. Fairness lernt man nur im Konflikt. Freilich kann epistemisches Vertrauen beschädigt werden. Wer als Schutzbefehlener missbraucht und misshandelt wurde, wird immer auf der Hut sein.

Auch politisches Vertrauen entsteht, wenn Institutionen sich als hinreichend resonant und zuverlässig erweisen. Und es ist störanfällig, etwa wenn Bevölkerungsgruppen verfolgt werden oder Verfolgung ausüben und zulassen. Das führt zur Erosion von epistemischem Vertrauen, Hassreden und Gerüchte wachsen und können paranoide Gestalt annehmen. Es kann Generationen dauern, bis wieder Vertrauen in diskreditierte Institutionen wächst; es lässt sich nicht beschwören oder herbeireden – Vertrauen entsteht nur in der Praxis.

Nicht nur eklatantes Systemversagen (wie etwa wenn der Staat seine Bürger nicht vor vermeidbaren Katastrophen schützt oder sie gar selbst in Krieg und Verfolgung verwickelt) führt zu Vertrauensverlust, sondern oft schon Gerüchte. Postfaktische Bedrohungsszenarien können gerade in sozialen Netzwerken viral gehen, wenn Menschen latent das Gefühl haben, nicht mehr mitzukommen. Es ist eine Art Kickback des technischen und sozialen Fortschritts, dass er einerseits Allmachtsphantasien beflügelt, andererseits epistemische Unsicherheit erzeugt. Irgendwie scheint man sich alles mit einem Klick „holen“ zu können – aber wir fühlen uns immer weniger in der Lage, Einfluss darauf zu nehmen, ob wir noch dazugehören oder plötzlich herausfallen.

Ähnlich entstehen im globalen Maßstab Vertrauenskrisen, wenn allgemein respektierte, vertrauenswürdige Institutionen fehlen, die etwa globale Wertschöpfungsketten regulieren könnten wie es für nationale Wirtschaften möglich ist. Transnationale Gebilde und Vertragsgemeinschaften gelten aber oft als schwach und von Partikularinteressen beeinflusst, obwohl sie de facto die einzige Möglichkeit darstellen, einvernehmlich Ordnungsstrukturen und damit Vertrauen zu errichten.

Wie kann politisches Vertrauen gefördert und erhalten werden? In der Psychoanalyse wird zerstörtes epistemisches Vertrauen dadurch wiederhergestellt, dass die Analytikerin oder der Analytiker darauf achtet, wie sich die traumatische Situation in der analytischen Beziehung selbst wiederholt und insbesondere auch, wie sie selbst unbewusst an dieser Reinszenierung beteiligt sind. Ähnlich kann in der Politik Vertrauen vor allem dadurch wiederhergestellt werden, dass man im eigenen Handeln Ursachen für die entstandenen Konflikte sucht, statt diese auf den Gegner zu projizieren. Internationale Bündnisse können Vertrauen erwerben, wenn sie darauf verzichten, im Inneren und Äußeren neokoloniale Gefälle entstehen zu lassen.

Zentral jedoch ist politische Kleinarbeit. Politische Vertrauensbildung beginnt im Gemeinderat oder in der Bürgerversammlung, wo es um Probleme geht, die nah bei den Menschen sind, und wo die Erfolge und Misserfolge schnell sichtbar werden. Zivilgesellschaftliche nationale und internationale Initiativen – wie zum Beispiel auch das Munich Peace Meeting – bilden die Humusschicht, in der Vertrauen wächst. Auch psychoanalytische Politikberatung und Konfliktmediation können zur Vertrauensbildung beitragen.



Zeichnung: Natalia Solodovnikova, Munich Peace Meeting 2021

Die Münchner Sicherheitskonferenz ermöglicht direktes Hören und Gehörtwerden. Sie hat die große Chance, keine Beschlüsse fassen zu müssen. Wichtiger als die Hauptvorträge sind die Flurgespräche. Die permanente deutsche Gastgeberschaft ist ebenfalls eine Chance: Als Land, das bitter lernen musste, wohin Kriege führen können, vertritt sie per se einen diplomatischen Ansatz vorbeugender Konfliktverhütung. Um diese Chancen zu nutzen, empfehle ich aus psychoanalytischer Sicht als wirksamste Strategie des Dialogs, gerade mit wenig Dialogfähigen: radikales Zuhören.

Prof. Andreas Hamburger
International Psychoanalytic University, Berlin

Sicherheit durch Vertrauen neu denken

„Vertrauen entsteht wesentlich durch Übereinstimmung von Wort und Handeln“ – so Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann von der Berghof Foundation beim Munich Peace Meeting 2021.

Die aktuelle Krise zwischen der NATO, der Ukraine und Russland basiert wesentlich auf einem nachhaltigen Vertrauensverlust. Präsident Putin verweist zu Recht darauf, dass die NATO mit ihrer Beitrittsperspektive für die Ukraine und Georgien wesentliche mündliche Zusagen der USA und Deutschlands aus dem Jahr 1990 verletzt.

Belegte Zusagen zur Nicht-Ausweitung der NATO nach Osten

Andreas Zumach, Mitglied des Koordinierungskreises unserer Initiative Sicherheit neu denken, war persönlich Zeuge entsprechender Aussagen unseres damaligen Außenministers Genscher nach der Rückkehr von seinem Treffen mit Helmut Kohl und Präsident Gorbatschow in Moskau am 11. Februar 1990.



Kohl und Gorbatschow in Bonn November 1990
Foto: © Bundesregierung / Arne Schambeck

Es ist politisch unklug, als NATO im Ukraine-Konflikt allein mit der absoluten Souveränität unabhängiger Staaten hinsichtlich ihrer Bündniswahl zu argumentieren. Sicherheit wird es in Europa bekanntermaßen nicht gegen und nicht ohne Russland und die Berücksichtigung seiner Sicherheitsinteressen geben. Der Sicherheit aller Beteiligten, insbesondere der Ukraine selbst, wäre am besten gedient durch die Überwindung bisheriger Europa spaltender Sicherheitsstrukturen.

Sowohl der 2+4-Friedensvertrag für Deutschland als auch die Charta von Paris sind 1990 im Geist des Aufbaus einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur in Europa inklusive Russland geschlossen worden. Dass in den letzten 30 Jahren statt der OSZE die NATO als Sicherheitsbündnis ohne Russland stark ausgebaut wurde, widerspricht dem Geist der damaligen Abmachungen.

Auch der Missbrauch des UN-Sicherheitsratsbeschlusses 2011 zu Libyen durch die militärisch intervenierenden NATO-Staaten zum nicht mandatierten Regimechange hat das Vertrauen Chinas und Russland in westliche Zusagen nachhaltig erschüttert.

Nicht zu vergessen ist zudem die traumatische geschichtliche Erfahrung Russlands durch den Bruch des deutsch-sowjetischen Nicht-Angriffspakt von 1939 im Jahr 1941.

Nicht-Einhaltung von Zusagen benennen

In allen drei Fällen ist eine notwendige Grundlage zum Neu-Aufbau von Vertrauen das Zugeständnis dieser Fakten durch Deutschland, die EU und die NATO. Das könnte Dialogräume eröffnen, in denen auch Russland eigene Fehler als solche benennen könnte.

Auf dieser Grundlage könnte dann nachhaltiges neues Vertrauen wachsen.

Russlands Sicherheit als deutsche Staatsräson denken

Aufgrund des Holocausts mit über 6 Millionen ermordeter Juden haben wir die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson erklärt. Angesichts der von uns zu verantwortenden über 24 Millionen Toten der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg wäre zum Vertrauensaufbau mit Russland weitergehend auch eine Erklärung der Sicherheit Russlands zur deutschen Staatsräson denkbar.

Solch einer Erklärung könnten gemeinsame Bestätigungen des Grundsatzes der Anerkennung und der Beachtung gegenseitiger Sicherheitsinteressen und -wahrnehmungen im Rahmen der OSZE sowie neue Dialogformate zum Vertrauensaufbau folgen.

Zivile Sicherheitspolitik als Leitlinie für nachhaltigen gemeinsamen Vertrauensaufbau

Das von unserer Initiative vertretene Konzept Ziviler Sicherheitspolitik zeigt angesichts zunehmender weltweiter Sicherheitsbedrohungen wie der Klimakrise, Pandemien und wachsender Migration in fünf Feldern Perspektiven auf, wie wir langfristig Vertrauen über die Priorisierung gemeinsamer Sicherheit aufbauen können.

Ralf Becker, Koordinator der Initiative „Sicherheit neu denken“

Weitere Informationen siehe www.sicherheitneudenken.de



GABRIELE
KRONE-SCHMALZ

Respekt geht anders

Betrachtungen über
unser zerstrittenes Land



Respekt geht anders

Die Wortbedeutung von *Respekt* heißt: *das Bedenken, Überdenken*. Genau darum geht es **Gabriele Krone-Schmalz** in ihrem neuen Buch **Respekt geht anders** (C.H.Beck Verlag, München 2020) So erkennt sie in Gesellschaft, Politik und Medien derzeit einen Hang zu schnellen, *unbedachten* Urteilen nach einem **Gut-Böse-Schema**, „das die Sicht auf die eigentlichen Problemlagen behindert“, und Hintergründe und historische Prozesse *unreflektiert* lässt. Diesem **Entweder-oder** setzt sie hier ein Plädoyer für ein **Sowohl-als-auch** entgegen.

Aber das ist nur zu haben, wenn politisch keine Schwarz-Weiß-Ansichten vertreten und medial verbreitet werden. Möglichst neutral, objektiv und unabhängig sollten die Medien ein breites Spektrum von Positionen vermitteln, um so unter Experten und in der Bevölkerung kontroverse Dialoge anzuregen und konstruktive Kompromisse zu ermöglichen, ohne die eine Demokratie nicht auskommt. Dem gegenüber beobachtet sie, dass heikle Themen gerne aus dem öffentlichen Diskurs verbannt, Aussagen Andersdenkender abgewertet, „in eine Schublade verbannt, die all die Gleichgesinnten erst gar

nicht öffnen mögen, weil man mit dem, was draufsteht, doch ohnehin nichts zu tun haben möchte“ und deren Vertreter diskreditiert werden. Umso dringender sei „die Beachtung und entsprechende Erkundung der öffentlich vernachlässigten Ansichten und Feststellungen von der gängigen Meinung abweichender Wissenschaftler, faire kontroverse wissenschaftliche Debatten mit dem Pro und Contra beider Seiten“, denn es gibt nicht *die* Wissenschaft! Wissenschaft ist Streit! Bei gleichzeitigem Respekt gegenüber dem Andersdenkenden, exakt entsprechend den Prinzipien der Gewaltfreien Kommunikation: ihn anhören, versuchen, ihn zu verstehen, ohne einverstanden sein zu müssen. Auch müssen die Dispute öffentlich geführt werden, damit die Medienkonsumenten sich selber ein Bild machen und eine eigene Meinung bilden können.

In ihren Beispielen aus der Innen- oder Außenpolitik zeigt sie sich konsequent in der Befolgung ihrer eigenen Ansprüche an differenzierte und detaillierte Analysen der Hintergründe bei strittigen Themen, sei es die soziale Ungleichheit, das Klimathema, die Flüchtlingsproblematik und natürlich die wieder erstarkten Spannungen zwischen West und Ost und damit die Entscheidung entweder für oder gegen Russland, für oder gegen die Transatlantiker, für oder gegen Assad usw.

Eine Auswahl ihrer ganz konkreten Beispiele:

Nicht: gute Beziehungen zu Polen **oder** Russland – sondern zu Polen **und** Russland, zu den USA **und** Russland.

Für eine offene Einwanderungspolitik **mit** einer Kontrolle über die Grenzen, **für** ein humanes Asylrecht **mit** gleichzeitiger Verfolgung von Gewalttaten durch Geflüchtete.

Insgesamt ist das Buch ein Zeugnis der Sorge um den Erhalt unserer Demokratie, sowie ein Plädoyer für eine lebendige, von informierten und engagierten Bürger*Innen gepflegte Streitkultur. Und in diesem Sinne den einflussreichen Gästen der MSC zur Lektüre empfohlen!

Mechthild Schreiber

Nasty Russians

Wir hören es täglich, mehrmals: Eine Truppe von 100.000 russischen Soldaten an der Grenze zur Ukraine, Putin bereite den Einmarsch in das Nachbarland vor... John Kiriaku, ein CIA-Offizier, korrigiert in seinem Artikel „Those Nasty Russians“ in Consortium News 5.12.21: Bis zu 90.000 wären schon in den letzten 8 Jahren dort stationiert gewesen, und zu einer Invasion bedürfe es mindestens 300.000! Das nur zum polit-medialen Komplex!

Wie reagiert der scheidende Vorsitzende der MSC, Wolfgang Ischinger, auf diese Berichte? Um der russischen Drohkulisse zu begegnen, müsse die NATO sich an ihr Grundrezept halten: soviel Abschreckung durch militärische Stärke wie nötig, soviel Kooperation und Dialog wie möglich.

Abschreckung – eine Lieblingsklausel Ischingers! Der treue Transatlantiker hält an der nuklearen Teilhabe Deutschlands als „zentral wichtigem Baustein deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ fest.

Und nun ist Ischinger „dieses Gewispere und Geraune über gebrochene Versprechungen“ leid. So muss er es laut über-tönen mit seiner Behauptung, „das ist doch ... vom Tisch, weil 1997 die Russische Föderation *amtlich und schriftlich* die Nato-Erweiterung als Prinzip akzeptiert hat“.

„Amtlich und schriftlich“? Wie Andreas Zumach zu diesem Thema ausführt, ist das weder in der von Ischinger dazu genannten Nato-Russland-Grundakte von 1997 noch in einem anderen Dokument zu lesen. Was also steckt hinter dem Geraune? Die Außenminister Baker und Genscher gaben zu, dass sie 1990 mit dem mündlichen Versprechen an Gorbatschow, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, seine Zustimmung zur Vereinigung Deutschlands erleichtern wollten. War nicht so gemeint! So einfach ist das!

Was dürfen wir von dem künftigen Leiter der MSC erwarten? Was meint er, wenn er in einem Interview mit dem RND von "einer klaren und harten Antort" auf "die Expansionsgelüste" des "Aggressors" Putin spricht? Warum sieht auch er das Versprechen der Nichterweiterung der NATO als "reine Propaganda"?

Ohne Putin zum Heiligen erklären zu wollen, muss ich doch fragen: Warum sieht ihn der Westen so einseitig negativ? Und teilt die Welt in Gut und Böse? (Siehe Buchempfehlung oben!) Hoffentlich können wir im Dialog Heusgen noch überzeugen, dass ein einfühlsamer, kompromissbereiter Dialog mit dem Gegner, bei dem einem Entweder-oder ein Sowohl-als-auch entgegengesetzt wird, konstruktiver und deeskalierend ist.

Mechthild Schreiber

Ampelkoalition: Fortschritt in der Sicherheitspolitik oder „Weiter so“ mit etwas Kosmetik?

Der Koalitionsvertrag lautet „**Mehr Fortschritt wagen**“ mit dem Untertitel „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Das Wort **Friede** kommt in der Überschrift nicht vor. Fast symptomatisch für die Aussagen zur Sicherheitspolitik in dem 177-Seiten-Papier! Mehr Fortschritt wagen müsste eigentlich bedeuten, den Mut zu haben, wirklich neue Wege einer Friedenspolitik zu gehen, weg vom alten militärischen Denken von Aufrüstung, Drohung, Abschreckung und Atomwaffen.

Während im Bereich Klimaschutz tatsächlich neue und konsequentere Vorhaben konkret geplant werden, sind bei der Sicherheitspolitik – außer einigen kleinen positiven Andeutungen – keine wesentlichen Änderungen zur bisherigen Linie der deutschen und transatlantischen Strategie zu erkennen. D.h. es wird sich nichts Substantielles ändern bezüglich: **Verhältnis zu den USA, zur NATO, atomare Teilhabe, bewaffnete Drohnen, Lagerung der Atomwaffen in Deutschland, steigende Militärausgaben (2% NATO-Verpflichtung), Auslandseinsätze der Bundeswehr, Systemkonkurrenz (Feindbilder)** usw. d.h. wie gehabt!

Freilich ist das nicht überraschend, die dürftigen Aussagen dazu im Wahlkampf – überlagert vom Corona-Thema – ließen kaum etwas anderes erwarten, die Kompromisse der divergierenden Parteiziele bei den Koalitionsverhandlungen verhinderten vollends einen ambitionierten Fortschritt in der Friedenspolitik.

Es ist schon fast grotesk, dass das so genannte **3%-Ziel**, das **Wolfgang Ischinger** öffentlich propagiert hatte und das wir in Gesprächen mit ihm immer wieder argumentativ kritisiert hatten, jetzt von der Ampelkoalition übernommen wurde. Es heißt zwar, 3% des BIP seien für „internationales Handeln“ bestimmt, dazu gehört „Verteidigung“, Außenpolitik, Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit, aber an anderer Stelle steht, „die NATO-Fähigkeitsziele wollen wir ... erfüllen“. Indirekt bedeutet das also die **Zusage des 2%-Zieles der NATO**.



Plakat auf Demo zum Antikriegstag 2021 in München Foto: MSKv

Nachdem der Verteidigungshauhalt von 2014 bis 2020 bereits um 40% auf 45,1 Mrd € gesteigert wurde, wären dann für 2025 nach der 2%-Marge 61,5 Mrd € auszugeben, obwohl das Finanzministerium eine deutliche Absen-

kung geplant hatte. Aber der neue Finanzminister wird solche Widersprüche lösen müssen und wo er das Geld letztlich herbekommen wird, bleibt offen.

Da ist die Befürchtung einer **zunehmenden Militarisierung** nicht abwegig, wenn auch explizit ein „Nachfolgesystem für das Kampfflugzeug Tornado“, also das Trägersystem für Atomwaffen von deutschem Boden aus, vorgesehen ist. Kostenschätzung laut Greenpeace ca. 8 Mrd €. Zur zivilen Krisenprävention dagegen wurden nur wenige Zeilen mit unverbindlichen Zielen formuliert („...wir wollen Deutschlands Rolle weiter ausbauen...“).

Das passt zu der grotesken Situation, dass der Leiter des Pandemie-Krisenstabes auch der neuen Regierung ausgerechnet ein General ist. Offenbar kann das kein ziviler Manager, man will anscheinend Kompetenzen eines Soldaten, der kämpfen und töten gelernt hat und eines Generals, dies zu befehligen.

Angesichts dieser **dominanten militärischen Sicherheitslogik** erscheinen die **wenigen positiven Lichtblicke** in dem Koalitionspapier, noch dazu nur vage formuliert, wenig glaubwürdig, zumal sie teilweise im eklatanten Widerspruch zu geplanten Maßnahmen stehen:

- Planung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes. Gut, aber Kriterien, Kontrollmechanismen werden nicht genannt.
- Deutschland soll Beobachter zu der Vertragsstaatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag entsenden, gut aber warum dann weiter atomare Teilhabe, Atomwaffenlagerung, neue Atomwaffenträgersysteme?
- Absichtserklärung einer „Abrüstungspolitischen Offensive“, toll, aber warum dann Aufrüstung mit 2%-Ziel?
- Dienst an der Waffe in der Bundeswehr nur noch für Volljährige. Gut, aber längst überfällig und selbstverständlich!
- Evaluierung des Afghanistaneinsatzes, wichtig, aber mit welchen Konsequenzen für zukünftige Einsätze?
- Ankündigung der Beteiligung der Zivilgesellschaft für einen „Dialog“ über die internationale Politik. Gut! Aber wie dies erfolgen soll, bleibt offen!

So erfreulich solche kleinen Lichtblicke sind – nicht zuletzt Ergebnis hartnäckiger **Proteste der Friedensbewegung** -, wird es einer wachsam, kritischen Öffentlichkeit bedürfen, um zu überprüfen, ob die erklärten Absichten auch tatsächlich verwirklicht werden. Die Friedensgruppen müssen ihre Kampagnen („Sicherheit neu denken“, „Aktion Aufschrei“) verstärken, um zu verhindern, dass die neue Regierung nur im „Weiter so“ den sicherheitspolitischen Kurs fortsetzt. Auch unsere Gruppe MSKv wird weiter den Dialog mit der Sicherheitskonferenz suchen, um **friedenslogisches Denken und Handeln einzufordern**.

Erwin Schelbert

Pandemie - Klimakrise - Frieden

Die Pandemie im zweiten Jahr. Neben allen unangenehmen Begleiterscheinungen mehr Zeit zum Nachdenken. Zu Zeiten der Globalisierung kann sich ein Virus blitzschnell weltweit ausbreiten. Auf der einen Seite des Globus stockt die Produktion und kurz darauf gibt's Probleme auf der anderen Seite. Die Pandemie zeigt die wirtschaftlichen Verflechtungen. Von Vorteil ist eine exzellente Wissenschaft, die Probleme analysieren und Lösungen anbieten kann; weiter von Vorteil, wenn diese Expertise global geteilt wird. Auch von Vorteil ist ein Gesundheitswesen, das nicht am Profit orientiert ist, sondern Kapazitäten hat, um mit den Herausforderungen umgehen zu können. Militärtechnik nutzt uns nichts zur Bewältigung der Pandemie.

Alle reden vom Klima – warum? Weil seit 20 Jahren die Beobachtung der Erderwärmung in allen Medien alltäglich berichtet wird, WissenschaftlerInnen weltweit vor den Folgen der Erderwärmung warnen und apokalyptische Szenarios beschrieben werden.



Demo Berlin

Quelle: IPPNW CC BY-NC-SA 2.0 flickr

Warum spricht niemand von der Möglichkeit des Atomkrieges? „Ein Atomkrieg ist nicht gewinnbar und darf niemals geführt werden!“, so ein Aufruf einer hochrangigen Gruppe von ehemaligen Außen- und VerteidigungsministerInnen und ExpertInnen im Juni 2021. Im Umkehrschluss darf angenommen werden, dass es politische und militärische Kräfte gibt, die einen Atomkrieg für führbar und gewinnbar halten. Neue Technologien verkürzten die Entscheidungszeit für die Führungskräfte und erhöhten die Gefahr eines Atomkrieges, heißt es in der Begründung des Appells. Erfreulicherweise haben jüngst die VertreterInnen der 5 offiziellen Atomkräfte die zitierte Aussage bekräftigt.

Ich wünsche mir, es würde drei Mal wöchentlich ein „update zur Entwicklung der Atomwaffen“ in den Fernsehnachrichten ausgestrahlt. „Die Atomwaffen in Büchel werden modernisiert“ oder: „Die USA bestellen 120 Tarnkappenbomber“ oder: „Russland testet einen super-

schnellen Raumgleiter, der alle Abwehrsysteme überwinden kann“. Wozu die punktzielgenauen Waffen? Die präventive Entwaffnung Russlands würde die Zerstörung von ca. 500 Zielen in Europa und Sibirien bedeuten. Die Folge: Der „atomare Winter“. Eine Atempause für die Erderwärmung - aber den Ausfall von ein oder zwei Jahresernten auf der Nordhalbkugel würden Millionen Menschen nicht überleben. Das Streben nach technischer Überlegenheit bringt keinen Zuwachs an Sicherheit und führt zu immer neuen Rüstungswettläufen. Wenn der Irrsinn der realen Atomrüstung täglich in den Medien so präsent wäre wie der Klimawandel, wäre auch die Frage im Raum, wozu das Ganze? Die Atomwaffen als Absicherung für die Interventionskriege der USA? Wozu die „Kriege gegen den Terror“? Es geht um Öl, Pipelines und andere Ressourcen, um die Beseitigung von Regimen, die sich den Interessen der USA nicht unterordnen wollen.

Aber: Wer aus der Nutzung fossiler Energieträger aussteigen will, braucht keine Kriege zur Kontrolle der Ölquellen führen. Der alltägliche Militärbetrieb, die Kriege und der anschließende Wiederaufbau verursachen zusätzliche Unmengen an CO₂. Genauso fatal, dass sich weltweit Hunderttausende intelligente Menschen mit der Entwicklung und Produktion von Waffen, mit Militärtechnik und Kriegführung beschäftigen – statt mit intelligenter und effizienter Nutzung der Sonnenenergie, und mit der Entwicklung einer nachhaltigen Industrie.

Die Fridays For Future Bewegung spricht erfreulicherweise von „Klimagerechtigkeit“ und denkt dabei an die aktuellen und zukünftigen Opfer unseres Lebensstiles. Die erste und größte Ungerechtigkeit ist doch der Massenmord durch Krieg. Diese neue Bewegung sagt nichts zu den Kriegen. Ist es für sie selbstverständlich, gegen Krieg und Militärgewalt zu sein?

Die Erderwärmung bremsen erfordert radikale Veränderungen: Weniger Produktion, weniger Konsum, eine andere Definition von Lebensqualität. Ein Bruch mit den Gewohnheiten, eine Zumutung für die Masse der BürgerInnen.

Ein Ende des Rüstungswettlaufs erfordert viel weniger radikale Veränderung. Die Einsicht, dass es langfristig besser ist, sich mit einem gleichwertigen Gegner zu arrangieren, als sich gegenseitig umzulegen, hatten die Bosse der Mafia in den USA der 1920er Jahre. Gemeinsame Sicherheit, Völkerrecht, Rüstungskontrolle – alle Konzepte liegen auf dem Tisch.

Thomas Rödl M.A., Sprecher der DFG-VK

Afghanistan–Mission 2001 – 2021: 5 + 5 Schlussfolgerungen

Der seit 2001 unternommene Versuch, mit internationaler Unterstützung eine Islamische Republik für alle Afghanen und Afghaninnen zu schaffen, ist mit der Machtübernahme der Taliban gescheitert. Hierfür gibt es vor allem drei Gründe:

- 1) Das System der Republik ist in sich zusammengefallen, weil es nicht gelang, genug Rückhalt in der Bevölkerung zu finden, sich die Erwartungen der Bevölkerung an mehr Sicherheit, gutes Regieren, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität nicht erfüllten.
- 2) Der von den USA den Taliban vereinbarungsgemäß zugesagte Rückzug der US-Streitkräfte und der militärischen Koalition hob den Beistand für die nationalen Sicherheitskräfte auf und überließ diese, bedingt durch hohe Abhängigkeit von diesem Beistand, unvorbereiteter Selbstverteidigung.
- 3) Infolge beider Gründe wurden die Taliban in den Augen vieler Afghanen und Afghaninnen als bessere Alternative zur Regierung der Republik wahrgenommen.

Die Taliban stehen, wie auch die vorherige Regierung, vor der Aufgabe, der Bevölkerung den ersehnten Frieden zu bringen und zugleich eine staatliche Ordnung zu errichten, welche breite gesellschaftliche Akzeptanz gewinnt. Nur wenn beides gelingt, werden sie sich an der Macht halten können. Die internationale Gemeinschaft muss sich fragen, wie der notleidenden afghanischen Bevölkerung zu helfen ist, ohne die Herrschaft einer bisher nicht durch Wahlen legitimierten Führung zu unterstützen. Sie steht auch vor der Herausforderung, dass jihadistische Gruppen versuchen könnten, sich Afghanistans erneut als sicheren Hafen und Ausgangsbasis für Terroranschläge zu bemächtigen.

Es ist wichtig aus vergangenen Fehlern zu lernen und Lehren für die Zukunft zu ziehen. Jeweils fünf Erfolgsbedingungen für Konfliktbearbeitung und Unterstützung seien genannt:

Nationale Konfliktbearbeitung wird nur dann Erfolgsaussicht besitzen, wenn

- 1) die Konfliktparteien selbst zum Frieden bereit sind;
- 2) alle Teile der Bevölkerung die Chance haben, ihre Interessen zu artikulieren und sich am politischen Prozess zu beteiligen;
- 3) der Prozess nicht von Eliten beherrscht wird, die eigene Interessen verfolgen und berechnete Interessen anderer missachten;
- 4) sich die Einsicht durchsetzt, dass Konflikte weder mit Gewalt noch auf Kosten anderer gelöst werden können und die tieferliegenden Wurzeln politi-

scher und sozialer Gewalt anzupacken sind, um sie zu überwinden; und

- 5) davon auch die schwächsten, am meisten verwundbaren Teile der Bevölkerung profitieren.

Unterstützung von außen für eine konstruktive Konfliktbearbeitung sollte an klare Kriterien geknüpft werden, insbesondere:

- 1) die völkerrechtliche Absicherung auf Basis eines entsprechenden Mandats;
- 2) die Unterstützung vorhandener, funktionsfähiger und eigenverantwortlicher staatlicher Strukturen zu Diensten der Bevölkerung und Verzicht auf jegliche Maßnahmen, welche Selbstbedienung und Korruption durch wenige Eliten befördern;
- 3) Respekt für die sozialen Gegebenheiten, politischen Erfahrungen und kulturellen Traditionen der Bevölkerung, einschließlich des Rechts auf die Wahl des eigenen nationalen Entwicklungspfads;
- 4) die Koordinierung von Zielen, Planungen und Maßnahmen innerhalb der internationalen Gemeinschaft, unter Einbindung der benachbarten Staaten, und Verzicht auf Ambitionen, die als parteilich oder eigenen Interessen dienlich wahrgenommen werden können, und
- 5) die Vereinbarung einer begleitenden Wirkungsevaluation, um Anpassungen zeitgemäß vorzunehmen und die Gefahr einer schleichenden Veränderung des Einsatzes bis hin zu drohender Dysfunktionalität („mission creep“) vorzubeugen.



Afghanistan quo vadis?

Foto: © Berghof Foundation

*Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann, mit Theresa Breitmaier, Basir Feda und Charlotte Hamm
Berghof Foundation*



**Respekt
Vertrauen
Versöhnung**

**Initiativen und Prozesse in Afrika
sind vielerorts schon zwei Schritte voraus!
Oder: Wann lernt die MSC?**

Seit drei Jahrzehnten begleite und moderiere ich Friedensbildung in Afrika. Generationen erleben dort das systematische Versagen des Staates und der öffentlichen Ordnung, ethnische Ausgrenzung, offene Missachtung von Menschenrechten, die Willkür der Ordnungsorgane, politische Manipulation... und Internationale „Friedens“-Truppen, die sich in aller Regel als Teil des Problems erweisen, statt als Katalysator für Sicherheit und Entwicklung. Die leidvolle Erfahrung von Völkermord, Putsch, Partisanenkrieg, Vertreibung und Flucht lehrt die Menschen dort, dass die Idee aus überkommenen Zeiten, **„Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg“**, keinesfalls zum Ziel führt. Und so setzen die Menschen in ihren Dörfern, Genossenschaften, Vereinen, Glaubensgemeinschaften der waffen-strotzenden Gewalt von Krieg, Rebellion und Ausgrenzung beharrliche Aktionen des sozialen Zusammenhalts, der gesellschaftlichen Teilhabe und der Versöhnung entgegen.



Frauen eine Stimme geben: genderspezifische Friedenskompetenz. *Flüchtlingslager Ost-Kamerun*

Wann erschließt sich die MSC diesen enormen Schatz an Erfahrung und politischem und gesellschaftlichem Potential? Schafft die MSC die **„Unterbrechung/Durchbrechung“** von eingleisigem Freund-Feind-Gehabe? Verspielt die Leitung nicht grundsätzlich ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie in solchem Schema verharrt und sich öffentlich bestimmten politischen, gesellschaftlichen Lagern zuordnet? Wann und in welchen Ansätzen lösen die Formate und Foren der MSC **„Berührung“** aus bei den Teilnehmenden und in der Öffentlichkeit? Initiiert die Konferenz Formate der aktiven Auseinandersetzung mit Praktiker*innen gelingenden Interessensausgleichs, so dass den Teilnehmenden die Anwendung solcher Erfahrung und solchen Vorgehens auf die eigene Konfliktsituation möglich wird? Wie werden die Entscheider*innen auf ihrer **„Sendung“**, sich für nachhaltige Sicherheit ein-

zusetzen, auch nach der Konferenz begleitet? Das sind die Fragen, die wir, motiviert aus der Friedens- und Sicherheits-Praxis (nicht nur) afrikanischer Zivilgesellschaft, stellen können und die wir mit Vorschlägen an die MSC für eine veränderte, positivere Praxis hinterlegen.



*Was die MSC (noch?) nicht kann: Mediation und Empathie. Die Interreligiöse Plattform, Zentralafrikanischen Republik
© Alle Photos: Autor*

„Si vis pacem para pacem! - Wenn du Frieden willst, bereite den Frieden!“ Die Projekte der Zivilgesellschaft in Afrika (und einiger konstruktiver Regierungsprogramme) arbeiten mit modernsten Ansätzen und Instrumenten der Gewaltfreien Intervention vor Ort an konkreten Vorhaben der Deeskalation, der Mediation, der „Sozialen Therapie“ und der Herausbildung von Resilienz gegenüber politischer Manipulation, gegen die Engführung des Denkens und Handelns auf ein „Entweder – Oder“ bzw. gegen das Verharren in Rache und Vergeltung. Sie wissen um die Grenzen einer nur militärisch bezogenen Sicherheitslogik. Afrikanische Friedensfachkräfte unserer Programme geben in Konfliktregionen aktives Friedenszeugnis, erhalten mit ihrem Fachverstand und ihrer interkulturellen Sensibilität höchste Akzeptanz bei Konfliktparteien, erreichen starke konfliktsensitive Eindringtiefe und aktivieren die lokalen und kulturell verankerten Quellen von Aussöhnung und Frieden.



**Unterbrechung
Berührung
Sendung**

Hubert HEINDL, Regensburg, Entwicklungssoziologe, Direktorium *Friedensuniversität Afrika* und Direktor INOVAR, seit 2019 aktiv in MSKV

Chinas Entwicklung mit westlicher Brille zu interpretieren führt zu Fehleinschätzungen

China wird in westlichen Ländern zunehmend als systemische Bedrohung wahrgenommen, das im Innern autoritärer wird und nach außen hin aggressiver. Analysen blenden die Hintergründe weitgehend aus. Seit dem Eindringen ausländischer Mächte im 19. Jhd. und der zunehmenden Erkenntnis, dass das Land global gesehen arm und rückständig geworden ist, gibt es in China eine Debatte darüber wie das Land sich modernisieren und wieder eine führende Rolle einnehmen kann. „Westliches Wissen aneignen, aber die eigenen Werte behalten“, so lautet bis heute das zentrale Paradigma für den Modernisierungsprozess.

2017 stellte die chinesische Führung erstmals einen Fahrplan zur „umfassenden Modernisierung“ des Landes bis 2049/50 auf, mit drei Zeitzielen:

2021: Beseitigung von Armut; moderater Lebensstandard für alle; Schaffung eines neuen Entwicklungsmodells (Reduzierung Einkommensungleichheit; Nachhaltigkeit).

2035: Größte Wirtschaftsmacht; Führerschaft in 10 Hochtechnologien

2049/50: umfassende Modernisierung; Weltmacht gleichauf mit den USA

Die Realisierung dieser Vision verlangt der chinesischen Führung zufolge, eine einheitliche Kraft, die diese Entwicklung planmäßig und gegen alle Widerstände durchsetzt. Daher die Losung „Die Partei führt alles“, wobei dies auf der Basis „chinesischer Besonderheiten“ erfolgen soll, also bei Zurückweisung westlicher Demokratisierungsvorstellungen.

Der Westen hat lange Zeit auf „Wandel durch Handel“ gesetzt, auf den Glauben, China werde sich im Zuge des Modernisierungsprozesses demokratisieren und angleichen. Da das Land auf einen eigenen Modernisierungsweg pocht, hat Ernüchterung und Enttäuschung im Westen eingesetzt.

Zweifelsohne hat ein Land mit 1,4 Mrd. Einwohnern ein Recht auf Aufstieg, auf Führerschaft in Hochtechnologien und die Mitgestaltung der Weltordnung. Dabei agiert es außenpolitisch partiell in einer Art und Weise, die im Ausland zu größerer Entfremdung führt.

Ja, China ist im Innern autoritärer geworden. Doch China lediglich als „autoritären Staat“ oder „Diktatur“ zu klassifizieren, ist wenig hilfreich, denn der Begriff besagt nichts über das institutionelle Gefüge des Staates und die Intention der politischen Führung. Es gibt erfolgreiche und erfolglose autoritäre Staaten. Bei den meisten handelt es sich um „Kleptokratien“, d.h. Politiker oder Militärs nutzen ihre Macht, um sich selbst zu bereichern und es findet keinerlei Entwicklung oder Verbesserung des Lebens der Bevölkerung statt. Chinas Führung hingegen agiert

als „Entwicklungsstaat“, ganz in Anlehnung an die Entwicklungsprozesse in Japan, Südkorea, Taiwan und Singapur, die sich auf der Basis autoritärer Systeme modernisierten. Der „Staat“ als Entwicklungsagentur initiiert erfolgreich Modernisierung über alle Widerstände und Interessengruppen hinweg planmäßig von oben nach unten.

Von einem der ärmsten Länder der Welt Ende der 1970er Jahre hat China sich zu einem Land mit mittlerem Einkommen und zur zweitgrößten Volkswirtschaft nach den USA entwickelt. Seit den frühen 1980er Jahren wurden ca. 800 Mio. Menschen aus der absoluten Armut geführt. Dieser (menschenrechtliche) Erfolg wird selten angesprochen. Der singaporeanische Diplomat und Wissenschaftler Kishore Mahbubani hat die Frage aufgeworfen, wenn die KP im Innern so unterdrückerisch vorgehe wie behauptet werde, wie es dann komme, dass (vor Covid19) jährlich ca. 150 Mio. Chinesen freiwillig ins Ausland gereist und 150 Mio. wieder freiwillig zurückgekehrt seien.

Der Bezug zur Geschichte spielt in China-Analysen kaum eine Rolle. Aber, wie der Historiker J. Fairbank einmal geschrieben hat, der Versuch, das gegenwärtige China ohne erhebliche Kenntnis der chinesischen Geschichte verstehen zu wollen, gleiche einem Blindflug ins Gebirge. So greifen Chinas Führer in ihren Reden und Schriften oft auf historische Erfahrungen und Schriften zurück, um innenpolitische und internationale Entwicklungen zu erläutern. Begriffe wie xiaokang (bescheidener Wohlstand), datong (große Gemeinschaft) oder „harmonische Gesellschaft“, von Präsident Xi immer wieder zitiert, sind Teil seines Modernisierungszieles und tief in der konfuzianischen und staatstheoretischen Weltanschauung Chinas sowie im kollektiven Bewusstsein der Chinesen verankert.

Um Vorgänge in China zu verstehen, reichen formelhafte Zuweisungen wie „autoritäres System“ oder „systemischer Wettbewerber“ nicht aus. Fehlinterpretationen indessen können in der Politik gravierende Folgen haben.

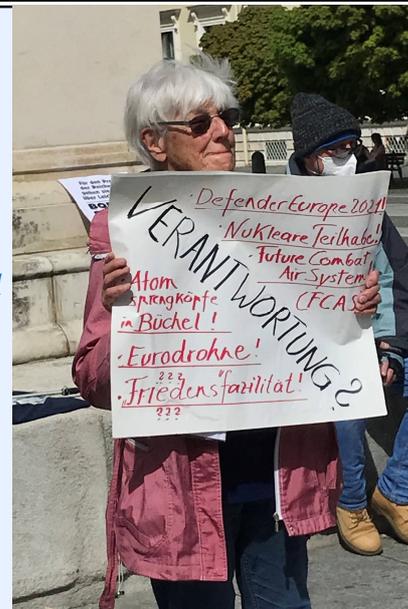
Dr. Thomas Heberer,
Seniorprofessor für
Politik & Gesellschaft
Chinas

Institut für Ostasienwissenschaften,
Universität Duisburg-
Essen



„In dieser Zeit, wo Gewalttätigkeit in Lüge gekleidet so unheimlich wie noch nie auf dem Throne der Welt sitzt, bleibe ich dennoch überzeugt, dass Wahrheit, Liebe, Friedfertigkeit, Sanftmut und Güte die Gewalten sind, die über aller anderen Gewalt stehen. Ihnen wird die Welt gehören, wenn nur genug Menschen die Gedanken der Liebe, der Wahrheit und der Friedfertigkeit rein und stark und stetig genug denken und leben.“

Albert Schweitzer



Wir über uns

Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik, ein Forum fairer globaler Zusammenarbeit, von dem Initiativen für eine gerechte, ökologische und gewaltfreie Weltinnenpolitik ausgehen.



Unser Weg heißt Gewaltfreiheit und Dialog.

Wir geben Impulse und suchen das Gespräch mit den Veranstalter*Innen, Förder*Innen und Teilnehmer*Innen der Sicherheitskonferenz sowie der interessierten Öffentlichkeit.

Unsere Organisation: Die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der in seiner Arbeit durch interessierte Personen aus Münchner Friedensgruppen verstärkt wird.

Unsere Kooperationspartner: Die Projektgruppe wird finanziell gefördert durch die Pax-Christi Bistumsstelle der Erzdiözese München und Freising sowie die Arbeitsstelle Kokon der Evang.—Luth. Kirche in Bayern. Wir arbeiten bei Einzelveranstaltungen mit der Petra-Kelly-Stiftung, dem Kulturreferat der Stadt München und dem Katholischen Fonds zusammen. Wir arbeiten im Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz mit und kooperieren mit der Hochschule für Philosophie München, dem forum-ZFD, APTE u.a. Wir unterstützen die Kampagne "Sicherheit neu denken" und den Aufruf zur Anti-Siko-Demo 2022.

Wir und die Anderen: Die verschiedenen Aktionsformen der Münchner Friedensbewegung – Demonstrationen, Friedenskonferenz, Friedensgebet, Dialog – sehen wir als sich ergänzende Säulen, die die kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Sicherheitskonferenz tragen.

Spenden: Wir brauchen die Unterstützung der interessierten Öffentlichkeit, also von Ihnen. Das kann durch ideelle (Mitarbeit) und durch **finanzielle Förderung** geschehen: **Ihre Spende an uns** ist steuerlich absetzbar.

Rückmeldung: Wir freuen uns über Ihre Meinung durch Rückäußerungen, auch in kritischer Form!

Termine

- „Neue Wege der Sicherheit—gemeinsam und vertrauensvoll“ Friedensgebet der Religionen
Sonntag, 13.02.22, 11:30 Uhr, St. Anna, Lehel
 Bitte anmelden: paxchristi.muenchen@t-online.de
- Internationale Münchner Friedenskonferenz**
www.friedenskonferenz.info Nur mit Anmeldung!
- Freitag, 18.02.2022, 19:00—22:00 Uhr**
Internationales Forum, Altes Rathaus und online
 Atomare Abrüstung – Entspannungspolitik
 19:00 Uhr – 22:00 Uhr
- Freitag/Samstag, 18./19.02.22, Beten für den Frieden**
<https://www.erzbistum-muenchen.de/cms-media/media-57934820.pdf>
- Samstag, 19.02.2022, 10:00 —12:00 Uhr**
 Altes Rathaus und online,
 Friedenskonferenz - Workshop (Anmeldung!)
- Samstag, 19.02.2022, 19:00 —21:30 Uhr**
 Altes Rathaus und online (Anmeldung!)
 Expertenrunde: Ampelkoalition
- Samstag, 19.02.2022, 13 Uhr, Stachus-Karlsplatz**
 Anti-Siko-Bündnis, Protest gegen die
 Münchner Sicherheitskonferenz
www.antisiko.de
- Sonntag, 20.2.22, 14:30 Uhr**
 Petra-Kelly-Stiftung, Presseclub München
 „Nach der Konferenz“ www.petrakellystiftung.de

Impressum: Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Vorstand: Dr. Thomas Mohr, Mechthild Schreiber, Anja Ufermann

Die Artikel bringen jeweils die persönliche Meinung der Autorin/des Autors zum Ausdruck.

Schubaurstr. 10 b, 81245 München, Telefon 089/88952871, Email: vorstand@mskveraendern.de, www.mskveraendern.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31.1.2022

ViSdP Erwin Schelbert

Bank: Stadtparkasse München, IBAN: DE23 70150000 0000 4163 70, BIC: SSKMDEMMXXX

Druck: Druckwerk GmbH, München, 100% Recyclingpapier, FSC-Siegel, klimaneutral